

Kundgebung:

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Bleiberecht für alle afghanischen Flüchtlinge!

Im Oktober 2016 haben die EU und Afghanistan ein Abkommen geschlossen, das den Titel „Joint Way Forward On migration issues between Afghanistan and the EU“ trägt. Mit diesem Abkommen soll die Zusammenarbeit zwischen der EU und der afghanischen Regierung vertieft werden, in der Absicht, irreguläre Migration zu unterbinden und die Rückkehr von abgelehnten Asylbewerber_innen zu forcieren, was letztlich dazu führte, dass seit Dezember 2016 Abschiebungen nach Afghanistan vorgenommen werden. Seitdem hat die Bundesregierung 17 Sammelabschiebungen durchgeführt, mit denen knapp 400 Menschen zwangsweise nach Afghanistan gebracht wurden.

Afghanistan ist nicht sicher

Diese Abschiebungen finden statt, obgleich eine kontinuierliche Verschlechterung der Sicherheits- und Menschenrechtsslage von vielen Organisationen dokumentiert wird. Bereits im Dezember 2016 hatte der UN-Generalsekretär von einem kontinuierlichen Ansteigen des Gewaltlevels berichtet, der dazu führte, dass sich die bewaffneten Zusammenstöße 2016 gegenüber 2015 um 22% erhöht haben. Insbesondere wird aber die Lage der zivilen Bevölkerung immer bedrohlicher. So stellt die UNO fest, dass noch nie so viele Zivilist_innen in Afghanistan getötet wurden wie im ersten Halbjahr dieses Jahres. Zusätzlich warnt der Menschenrechtskoordinator der Vereinten Nationen in Afghanistan, dass mindestens drei Millionen Menschen in absoluter Ernährungsunsicherheit leben und die Gefahr einer Hungersnot ihr Leben bedroht. Die jüngsten Kommunalwahlen, bei denen Wahllokale, Wahlhelfer und potenzielle Wähler_innen angegriffen wurden, haben deutlich vor Augen geführt, wie weit die afghanische Gesellschaft noch von einem geordneten, friedlichen Leben entfernt ist. Die Sicherheitsbehörden sind kaum in der Lage, die Zivilbevölkerung zu schützen. Das hat nicht zuletzt der Anschlag in Kandahar verdeutlicht, bei dem u.a. der Polizeichef getötet wurde. Islamisten wie Taliban und IS setzen alles daran, den Bürgerkrieg zu eskalieren, um ihr Herrschaftsgebiet auszuweiten. UNHCR betont, dass es entgegen der Darstellung der Bundesregierung in Afghanistan keine „sicheren Regionen“ und in den Hauptstädten keine „inländische Fluchtalternative“ gibt, in denen die Abgeschobenen ein gefahrloses Leben führen könnten.

Keine Abschiebungen! Bleiberecht für afghanische Geflüchtete!

Angesichts solcher Zustände scheint es unmenschlich, dass die Bundesregierung mit unbeirrter Regelmäßigkeit weiterhin Sammelabschiebungen aus Deutschland organisiert. Auch die Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird der tatsächlichen Faktenlage in Afghanistan immer weniger gerecht: Zu beobachten ist eine politisch intendierte, kontinuierliche Absenkung der Schutzquote für afghanische Asylbewerber_innen.

In Niedersachsen dürfen sich abgelehnte Flüchtlinge aus Afghanistan noch ziemlich sicher fühlen, denn die Landesregierung hat mit Erlass verfügt, dass nur Personen, die schwere Straftaten begangen haben, abgeschoben werden dürfen. Vor dem Hintergrund der erheblichen Gefahren, denen Rückkehrer im Fall einer Abschiebung ausgesetzt sind, dürfen Abschiebungen nach Afghanistan jedoch nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden, sondern müssen generell ausgesetzt werden.

In anderen Bundesländern, - allen voran Bayern – werden Abschiebungen skrupellos durchgeführt. Dort kann schon die unterstellte „Identitätsverschleierung“ Grund genug sein, um auf die Abschiebungsliste zu kommen. Selbst Leute, die eine Ausbildung machen und auf dem besten Wege sind, an dieser Gesellschaft teilzuhaben und sich hier ein Leben aufzubauen, sind vor Abschiebung nicht sicher. Das verunsichert auch die afghanischen Flüchtlinge in den anderen Bundesländern, etwa in Niedersachsen. Sie brauchen einen sicheren Aufenthalt!

Daher fordern wir

- **einen bundesweiten bedingungslosen Abschiebungsstopp nach Afghanistan**
- **Die Zuerkennung eines Schutzstatus für alle afghanischen Flüchtlinge**
- **angesichts der sich weiter verschlechternden Lage in Afghanistan die Wiederaufnahme von Asylverfahren, in denen Afghan_innen abgelehnt wurden durch das BAMF**

und von der **niedersächsischen Landesregierung**

- **grundsätzlich keine Abschiebungen von Afghan_innen aus Niedersachsen zuzulassen und stattdessen nach dem Vorbild des Bundeslandes Bremen geduldeten Afghan_innen ein Bleiberecht zu gewähren.**

Kommt zur Kundgebung!

am Sa., 3. November, 16.00 Uhr

Ort: Ernst-August-Platz (Beginn Bahnhofstraße) in Hannover

Es rufen auf:

- Afghanischer Frauenverein
- Jugendkultur-Organisation Hannover
- Krisenberatung für Afghanische Flüchtlinge und Migranten in Hannover
- Sympathisanten der Solidaritätspartei Afghanistan in Europa
- Afghaninnen und Afghanen in Niedersachsen
- Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.